

SPD-Ratsfraktion im Internet:  
[www.spd-muenster.de](http://www.spd-muenster.de)

**SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Münster**



Münzstr. 15  
48143 Münster  
Telefon: 0251/ 45 314  
Fax: 0251/ 511 750  
[spdfrak@muenster.de](mailto:spdfrak@muenster.de)  
[www.spd-muenster.de](http://www.spd-muenster.de)

# **“ Die Menschen im Blick. Gerechtigkeit und Lebensqualität miteinander verbinden.”**

Rede

des Fraktionsvorsitzenden  
der SPD im Rat der Stadt Münster

**WOLFGANG HEUER**



zum Haushaltsplan der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2009

- Es gilt das gesprochene Wort -  
Sperrfrist: 25.03.2009, 18.00 Uhr

**Wolfgang Heuer**

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster

25.03.2009

## **„Die Menschen im Blick. Gerechtigkeit und Lebensqualität miteinander verbinden.“**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,  
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir führen heute die abschließende Haushaltsdebatte der laufenden Wahlperiode. Beschlossen wird der letzte vom amtierenden Oberbürgermeister eingebrachte Etat und zugleich wird ein finanzpolitischer Schlusspunkt gesetzt unter 10 Jahre schwarze bzw. schwarz-gelbe Ratsmehrheit.

Die Bilanz dieser Politik ist in der Summe kritisch zu bewerten und es muss niemanden erstaunen, dass nicht nur die Münsteraner SPD die Ablösung der regierenden Mehrheit fordert. Kennzeichen der letzten Jahre war insgesamt eine Schwächung der Handlungsmöglichkeiten unserer Stadt und der schleichende Rückzug aus Leistungsbereichen. Es liegt auf der Hand, dass wesentliche Ansagen hierzu von der FDP ausgingen, die sich vom Niedergang marktradikaler Ansätze wenig berührt zeigt. „Privat vor Staat“ lautet deren Motto. Überraschen muss aber die allzu häufig fehlende Gegenwehr des Koalitionspartners CDU.

Die **Negativ-Bilanz** in einigen Stichworten:

- Bündelung von Haushaltskürzungen vor allem bei sozialen und kulturellen Leistungen;
- Investitionen vorrangig in Straßenbau und Flächenbevorratung statt in Schule und Bildung;
- Klimaschutz auf dem Abstellgleis;
- die Wohnungspolitik gescheitert;
- Lohndumping für bestimmte Beschäftigtengruppen;
- das Schulschwimmen als Stressveranstaltung;
- Teilhabechancen für Einkommensschwache abgeschafft;
- die kommunale Armutsbekämpfung an den Rand gedrängt;
- und bei alledem ist das ausgegebene Hauptziel von Schwarz-Gelb, das Stoppen der Verschuldungsdynamik, ebenfalls gescheitert.

Das sind Wegmarken der letzten Jahre, das sind Eckpunkte einer Politik, der es nicht gelungen ist, mit einer fairen Lastenverteilung und einer zukunftsweisenden Prioritätensetzung unsere Stadt im Gleichgewicht zu halten. Die Erfolge, die wir in einigen Bereichen der wirtschaftlichen

Entwicklung unseres Standortes festhalten können, stehen in merkwürdigem Kontrast zur schwarz-gelb verantworteten Schieflage in wesentlichen Teilen der Ratspolitik. Dies ist erneut bei den diesjährigen Haushaltsberatungen deutlich geworden.

Doch zunächst zum **Konjunkturprogramm des Bundes**:

Die Bereitschaft der Bundesregierung, zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt 31 Mio. Euro für rein kommunale Maßnahmen innerhalb Münsters zur Verfügung zu stellen, ist vom Betrag her beachtlich und in der Sache angemessen. Durch diese unvorhergesehenen finanziellen Spielräume sind wir auch in Münster in die Lage versetzt, jahrzehntelang Versäumtes an der einen oder anderen Stelle nachzuholen. Und haben die Chance, der lokalen Wirtschaft zu helfen.

Die prinzipielle Schwerpunktsetzung auf Baumaßnahmen im Bildungsbereich entspricht zudem sozialdemokratischen Forderungen. Verwaltung und mit ihr die Koalition haben überwiegend auf kleinere Maßnahmen gesetzt und erhoffen sich hiervon die besten Ergebnisse. Im Kontext einer auch bildungspolitisch ambitionierten Vorgehensweise wäre es nach unserer Auffassung richtig gewesen, in größerem Umfang auch strukturelevante Investitionsmaßnahmen vorzusehen. Stichwortgeber hierzu sind etwa das Hittorf-Gymnasium, die Erich-Klausener-Realschule, die Ludgerusschule und auch das Ratsgymnasium.

Im Sinne einer parteiübergreifenden und somit gemeinsamen Anstrengung in dieser wirtschaftlich bedrohlichen Situation hat sich die SPD-Fraktion entschieden, weitere politische Initiativen zum Bundespaket zu Gunsten einer interfraktionellen Verständigung zurück zu stellen.

Uns alle hier im Raum eint die Hoffnung auf die schnelle konjunkturelle Wirksamkeit der unterschiedlichen Maßnahmen. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass die Wirtschaftskrise als Anlass für die Investitionen der Stadt Münster insbesondere im Instandhaltungsbereich den Spiegel vorhält: Es wird überdeutlich, wie wenig in den vergangenen Jahrzehnten in unsere (Bildungs-)Infrastruktur investiert worden ist. Die Aussage der Verwaltung, dass es für Ampelanlagen feststehende Erneuerungsintervalle gebe, nicht aber für Schultoiletten, Schulfenster oder auch schulische Lehrmittel zeigt: Wir sind in Deutschland und auch in Münster noch weit weg von der Anwendung der richtigen Prioritäten.

Dies gilt leider auch für die **soziale Gerechtigkeit** in unserer Stadt:

Wer die solidarische und offene Stadtgesellschaft schaffen will, der muss dort ansetzen, wo Menschen von Lebensqualität und Teilhabe ausgeschlossen sind. Vorrangig durch Vorsorge statt Nachsorge: Benachteiligungen abbauen, das soziale Netz stärken und vor allem den Kindern gleiche Chancen eröffnen – das ist der sozialdemokratische Ansatz. Ein Ansatz, der in Münster zwar

Tradition, aber in den letzten Jahren keine ausreichende Lobby bei der Ratsmehrheit hatte.

Rund 23.000 Menschen in Münster leben von Unterstützungsleistungen zur Sicherung des sog. Existenzminimums. Und es sind insgesamt noch mehr Bürger, die mit weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens auskommen müssen und deshalb als arm gelten. Wer arm ist, ist überdurchschnittlich häufig ausgegrenzt.

Gerade die Familien mit geringen Einkommen haben unter den städtischen Kürzungen der letzten Jahre gelitten. Hier kann und hier soll nach unserer Auffassung der „Münster-Pass“ wieder die städtischen Angebote auch für Menschen in Notlagen verfügbar machen. Teilhabe am öffentlichen Leben, Integration statt Ausgrenzung sind die Ziele, die wir mit der Wiedereinführung des Passes verfolgen. Wer ihn hat, soll für möglichst alle kulturellen und sozialen Angebote der Stadt nur die Hälfte zahlen müssen. Eine lebenswerte Stadt schließt nicht aus, sondern ist offen für alle Bürgerinnen und Bürger!

Zu einer vorsorgenden Sozialpolitik zählt auch eine **aktive Wohnungspolitik**. Dem Ziel, ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist die Stadt in den letzten 10 Jahren nicht näher gekommen. Vor allem die einseitige Orientierung auf den Einfamilienhausbau erweist sich inzwischen als schwere Belastung. Viele junge Familien finden heute keine preisgünstigen Wohnungen in unserer Stadt und wandern trotz der besonderen Standortqualitäten Münsters ins Umland ab. Hier muss umgesteuert werden: Der Neubau, der Erhalt und die Modernisierung preiswerter Mietwohnungen sind SPD-Forderungen für eine andere Wohnungspolitik.

Für eine Umorientierung plädiere ich auch in der **Schul- und Bildungspolitik**: Münster hätte seit vielen Jahren eine echte politische Schwerpunktsetzung in diesem Bereich verdient. Das betrifft nicht nur die finanzielle Ausstattung - die natürlich besonders. Es geht auch um die Auseinandersetzung mit den grundsätzlichen bildungspolitischen Herausforderungen, es geht um angemessene Kommunikation, um die Wertschätzung für die Arbeit der Pädagogen und Elternvertreter und vor allem um die richtigen Weichenstellungen für zukunftsweisende Lösungen. Auf diesen Feldern gibt es keine guten Noten für Schwarz-Gelb und einen erheblichen Nachholbedarf.

Nachdem in den letzten Jahren unsere Schulen vielfach unter Kürzungen der Ratsmehrheit leiden mussten, wird nun mit Hilfe von Bundesmitteln zumindest im investiven Bereich ein Anfang gemacht, den aufgetürmten millionenschweren Stau anzugehen. Damit ist aber erst ein Anfang gesetzt. Viele Maßnahmen, insbesondere die großen Vorhaben etwa am Hittorf, am Rats, an der Klausener-Schule sind von der Ratsmehrheit einmal mehr vertagt worden. Im Sinne einer bildungspolitischen Vorreiterrolle Münsters hätte hier und jetzt die Möglichkeit bestanden, endlich auch bei Strukturfragen Lösungen anzugehen. Die teils groteske Qualität von Klassenräumen in jahrzehntelang

genutzten Baracken, gerne auch Container genannt, die ja eigentlich nur kurze Zeit genutzt werden sollten, z.B. an der Ludgerusschule in Hilstrup, verweist ebenfalls auf falsche Prioritäten.

Zu einer bildungspolitischen Vorreiterrolle gehört auch, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien ein **kostenloses Mittagessen** im Rahmen der Offenen Ganztagschule erhalten. Die hierfür bislang anfallenden Beiträge sind für viele Familien ein Grund, ihre Kinder nicht für ein Ganztagsangebot anzumelden. Mit dem Angebot eines kostenlosen Mittagessens für bedürftige Kinder können durch einen relativ geringen kommunalen Mitteleinsatz soziale Schranken im Bildungssystem abgebaut werden. Das wollen wir.

Und die **Übermittagsbetreuung**, meine Damen und Herren, ist ein wichtiges Zukunftsthema inzwischen auch an den weiterführenden Schulen. Mit dem Ausbau der Plätze an **Gymnasien und Realschulen** müssen gleichzeitig echte Aufenthalts- und Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden. Hier ist Vieles Stückwerk und wird dem Anspruch auf eine vernünftige Übermittagsbetreuung nicht gerecht. Essen im Klassenraum und Aufenthaltsräume, die diesen Namen nicht verdienen, können nicht die Antwort sein.

Noch nicht einmal *diskutiert* wird diese Frage für die Berufskollegs mit ihren teilweise 10 Stunden Unterricht, der noch dazu zum Teil schon um 5.30 Uhr morgens beginnt. Auch hier gibt es erhebliche Handlungsbedarfe.

**Familienpolitisch** zu begrüßen ist, dass im Rahmen des Bundeskonjunkturprogramms nun auch Kitas und Jugendeinrichtungen auf Vordermann gebracht werden, auch die freier Träger. Bei aller Euphorie über den plötzlichen Geldsegen im investiven Bereich darf aber nicht vergessen werden, dass viele Institutionen und Vereine seit fast 10 Jahren keine Erhöhung ihrer Zuschüsse erhalten haben, obwohl sie gleichzeitig mehr Leistung erbringen sollen.

Es gibt anscheinend nur zwei Möglichkeiten, aus dieser Misere herauszukommen: Entweder man arbeitet mit weniger Personal oder man bezahlt das Personal schlecht. Gleichzeitig erwarten wir aber, dass die Menschen, die sich um Familien, Kinder und Jugendliche kümmern, eine qualitätsvolle Arbeit leisten.

In den Kitas setzt die SPD darauf, dass alle Kinder ein Angebot wahrnehmen können. Daher wollen wir erreichen, dass alle Kinder mindestens ein Jahr lang zum Kindergarten gegangen sind – dies ist eine entscheidende Voraussetzung für einen gelungenen Start in die Schullaufbahn. Hierzu müssen finanzielle Hürden abgebaut werden. Im Sinne einer gebührenfreien Bildung - und bis entsprechende gesetzliche Regelungen greifen - wollen wir in Münster das **letzte Kita-Jahr beitragsfrei** stellen. Damit werden Kinder besser gefördert,

Eltern entlastet und Münster insgesamt familienfreundlicher! Kindergartenzeit ist Bildungszeit. Es ist ausgesprochen bedauerlich, dass hierzu keine gemeinsame Haltung der Fraktionen erreicht werden konnte.

Auch **klima- und umweltpolitisch** muss Münster nach der Wahl Prioritäten verändern. In den letzten zehn Jahren ist hier ein Stillstand eingetreten, der den Auswirkungen des Klimawandels in keiner Weise gerecht wird. Die GUD-Anlage der Stadtwerke kann eine umfassende Klimastrategie für Münster nicht ersetzen. Vor allem die jahrelange Weigerung der Koalition, den **Klimaschutz** – über die Altbausanierung – **als Konjunkturmotor** zu fördern, spiegelt eine dramatische Fehleinschätzung wieder, die grundsätzlich korrigiert werden muss. Insoweit stellt der aktuelle Zwischenbericht zum Klimaschutzgutachten eine schallende Ohrfeige dar. Energieeinsparung, Förderung regenerativer Energieerzeugung und Kraft-Wärme-Koppelung sind wesentliche Zukunftsfelder für Münster. Übrigens: Der „Green Capital“-Gewinner Hamburg benutzt Elektroautos in der Verwaltung, auch davon hält die Koalition offenbar nicht viel. Klimaschutz zum Nulltarif ist nicht machbar und vorrangig auf Appelle zu setzen, ein grober Denkfehler.

Meine Damen und Herren,

einen Beitrag zum Klimaschutz kann auch der Verzicht auf überflüssige Straßenbauvorhaben wie etwa die Austermannstraße oder die III. Nordtangente leisten. Bei letzterer sind zwar aktuell nicht die von der Koalition zunächst behaupteten 600.000 Euro veranschlagt. Aber beide Straßen stehen als Beispiele für eine Verkehrspolitik, die nach wie vor sehr stark auf die Beschleunigung motorisierter Verbindungsachsen setzt. Das sollte nicht zuletzt in der „Unfallhauptstadt Münster“ ein vergangenes Handlungskonzept sein.

Meine Damen und Herren,

der marginale Rang, den die Ratsmehrheit in den letzten Jahren der **Kulturpolitik** beigemessen hat, ist bekannt. Dabei geht es nicht nur um die chronische Unterfinanzierung von vor allem Stadtbücherei und Stadtmuseum, die zurückliegenden Rödl-Kürzungen und die eingefrorenen Betriebskostenzuschüssen für freie Träger. Wir sollten im Anschluss an die Kulturhauptstadt-Bewerbung, die Musikhallen-Entscheidung und das NRW-Kulturgutachten endlich eine Debatte über unsere zukünftigen kulturpolitischen Schwerpunkte und Instrumente führen. Münster muss sich seiner Identität als Kulturstadt vergewissern und diese weiterentwickeln. Dazu gehört auch der Mut zur Veränderung, nicht aber die mutwillige Beschädigung funktionierender Strukturen.

Notwendig ist eine entwicklungsoffene, kommunikationsstarke und zugleich konzeptgestützte Kulturpolitik, die sich - möglicherweise - der Instrumente der Leitbildentwicklung und der Kulturentwicklungsplanung bedient. Verstanden

als offene Beteiligungsverfahren kann hier die Grundlage für zukünftige Entwicklungen gelegt werden.

Doch nicht nur die Kultur leidet nachhaltig unter den Rödl-Folgen, dies trifft in besonderer Weise auch auf das **Personal** der Stadtverwaltung zu:

Die Umsetzung der Rödl-Streichungen hat hier vorläufig, im Vorfeld der Kommunalwahl, ihr Ende gefunden. Dabei wird von der Koalition gerne darüber hinweggesehen, wie weitreichend die Einsparungen auf dem Rücken der Beschäftigten erzielt worden sind. Stellenabbau, Arbeitsverdichtung, die skandalöse Behandlung der befristet Beschäftigten mit erheblichen Einkommensverlusten vor allem bei den Erzieherinnen, Beförderungsstopp bei bestimmten Laufbahngruppen – all das hat deutliche Spuren hinterlassen. Der FDP/CDU-Slogan „Leistung muss sich lohnen“ gilt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung in mancherlei Hinsicht offenbar nicht. Erwähnen will ich an dieser Stelle auch die Honorarkürzung bei den VHS-Dozenten und – über die eingefrorenen Zuschüsse - das langsame finanzielle Ausbluten freier Weiterbildungsträger in unserer Stadt.

Für weitere Einsparungen im Personalbereich besteht aus meiner Sicht kein Raum. Weitere Kürzungen würden die Handlungsfähigkeit der Verwaltung aufs Spiel setzen.

Im Zusammenhang mit den Schattenseiten Ihrer Personalpolitik, zu denen ich auch die parteipolitisch einseitige Sortierung an der Verwaltungsspitze zähle, sind häufig genug die weiblichen Beschäftigten die Hauptleidtragenden (Stichwort befristet Beschäftigte).

Dazu passt, dass sie die Zuschüsse für die **Fraueneinrichtungen** nicht nur seit Jahren eingefroren, sondern durch Rödl auch empfindlich gekürzt haben. Heute sind dringend notwendige Angebote zurückgefahren, die Mitarbeiterinnen arbeiten am Rande der Selbstausschöpfung. Dabei geht es um einen für den städtischen Haushalt lächerlich geringen Betrag, der für die einzelnen Einrichtungen jedoch existenziell ist.

Existenziell, wenn auch in einer anderen Fragestellung, ist sicher auch die aktuelle Zuschussfrage für den **USC Münster**: Als Ausgleich für zahlreiche im Vorfeld nicht erkannte Mehrkosten beim Bau des Multifunktionsraumes in Berg Fidel ist die Zahlung der 200.000 Euro vermutlich angemessen. Sie ist selbstverständlich auch Hinweis auf die große Bedeutung, die wir diesem Aushängeschild für Leistungssport und Nachwuchsförderung in unserer Stadt beimessen.

Dass parallel zu diesem Zuschuss ein 50.000-Euro-Betrag für die gutachterliche Unterstützung eines neuen **Südbads** für Schwarz-Gelb nicht möglich war, ist hingegen völlig unangemessen. Die Folgen der

Bäderschließungen insbesondere im Schulschwimmen der Innenstadt sind überdeutlich, sie müssen korrigiert werden und die Stadt muss sich hier auch finanziell engagieren.

Meine Damen und Herren,

wenn auch im Schatten einer gemeinsamen politischen Verantwortung zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, so haben auch die diesjährigen Haushaltsberatungen gravierende politische Unterschiede verdeutlicht. Ich widerspreche ausdrücklich der Auffassung, dass sich die Stadt weiter aus Leistungsbereichen zurückziehen muss.

**Unser Ziel ist vielmehr die solidarische und offene Stadtgesellschaft,** zugespitzt

- **auf beste Bildung für alle,**
- **auf eine starke soziale Stadt und**
- **auf eine nachhaltige Stadtentwicklung.**

Nach der Wahl im Herbst wird es darum gehen, die für diese Ziele aktivierbaren Finanzspielräume aufzuzeigen, unter neuen politischen Vorzeichen auszuloten und daraus die Finanzstrategie Münsters für den mittelfristigen Horizont neu festzulegen. Angesichts der finanzpolitischen Ausgangslage wird das nicht ohne erhebliche Sparsamkeit gehen. Die Frage der Prioritäten wird daher mit aller Macht auf der Tagesordnung stehen. Diese Prioritäten hat die SPD-Fraktion bei den diesjährigen Haushaltsberatungen verdeutlicht:

Im Münster der Zukunft sollen Gerechtigkeit und Lebensqualität erkennbar miteinander verbunden werden!

Abschließend will ich der Verwaltung in diesem Jahr ganz besonders herzlich für Ihre Arbeit danken. Sie, und hier allen voran die Kämmerei und wg. der Konjunkturpakete auch das Gebäudemanagement, Sie haben im Kontext der Sondersituation paralleler Finanz- und damit auch Verfahrenswege in den letzten Wochen viel geleistet, einen sehr guten Job gemacht und fair beraten. Herzlichen Dank!